

# BRIEF AUS BERLIN



Nr. 18 | 30. September 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,

mit dem folgenden Brief aus Berlin möchte ich Ihnen zu Ihrer freundlichen Information eine Übersicht zu den Neuigkeiten sowie inhaltlichen Debatten im Rahmen dieser Sitzungswoche aus dem Deutschen Bundestag vom **26. September bis 30. September 2022** geben.



## – I. Die Politische Lage in Deutschland –

### Kinder vor sexuellem Missbrauch schützen

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in der vergangenen Woche sein Urteil zum deutschen Gesetz über Mindestspeicherfristen für Telekommunikationsverkehrsdaten verkündet. Unsere Forderung nach einer IP-Adress-Speicherung zur Sicherung digitaler Beweismittel wurde vom Gerichtshof ausdrücklich für zulässig erklärt. IP-Adressen sind als digitale Beweismittel gerade bei der Bekämpfung des sexuellen Kindesmissbrauchs im Internet unabdingbar. Ohne Speicherpflicht sind diese digitalen Beweise – wenn eine Tat auffällt – vielfach gelöscht und die IP-Adresse kann keiner konkreten Person mehr zugeordnet werden. In den vergangenen fünf Jahren war das bei mehr als 19.000 Hinweisen der Fall. Das ist ein unerträglicher Zustand. Kinderschutz muss endlich Vorrang vor Datenschutz haben. In unserem Antrag IP-Adressen rechtssicher speichern und Kinder vor sexuellem Missbrauch schützen fordern wir: Bundeskanzler Scholz muss jetzt den Streit im Kabinett beenden und dafür sorgen, dass schnell eine rechtssichere Regelung zur Speicherung von IP-Adressen auf den Weg gebracht wird. Dabei soll der laut EuGH zulässige Spielraum ausgeschöpft werden – zum Schutz der Kinder und Jugendlichen.

### Stabilitätsunion statt Schuldenunion

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist der wichtigste Anker für finanzielle Nachhaltigkeit in der Europäischen Union. Um seine Funktionen erfüllen zu können, muss der Pakt durch den laufenden Reformprozess durchsetzungsfähiger werden. Unsere Vorstellungen dafür haben wir in unserem Antrag Stabilitätsunion statt Schuldenunion – Stabilitäts- und Wachstumspakt festigen, fiskalpolitische Disziplin

in Europa sichern, vorgelegt: Der Pakt muss auf wenige Grundregeln verschlankt werden, ohne dabei die EU-Fiskalregeln zu verwässern. Für uns ist unabdingbar, dass das 60 %-Ziel zur Staatsschuldenquote sowie das 3 %-Ziel zur jährlichen Neuverschuldung erhalten bleibt. Auch die Zielsetzung eines verbindlichen Schuldenabbaus muss Bestand haben. Zusätzlich sind die Flexibilitätsklauseln klar auf Naturkatastrophen und extreme Wirtschaftskrisen zu reduzieren. Ausnahmen für Investitionen – wie sie immer wieder gefordert werden – würden dem Pakt Seite 2 von 5 einen Bärendienst erweisen: Sie würden Komplexität und Streitanfälligkeit erhöhen und den Pakt damit schwächen. Darüber hinaus setzen wir uns insbesondere dafür ein, die Verfahren zur Durchsetzung des Regelwerks effektiver auszugestalten. Hierzu gehören geringere Ermessensspielräume, eine objektive Überwachung der Einhaltung und ein regelbasiertes Verfahren für die Ausnahmeklausel. Wir dürfen den dauerhaften Zusammenhalt in der EU nicht gefährden und erteilen deswegen allen Plänen zur Vergemeinschaftung von Schulden in der EU eine klare Absage.

### **Solidarität mit den Frauen im Iran**

Die CDU/CSU Bundestagsfraktion hat die gewaltsame Niederschlagung regimekritischer Demonstrationen im Iran massiv verurteilt. Der Iran befindet sich in einem Kulturkampf für gesellschaftliche Veränderungen, in dem Frauen die treibende Kraft sind. Die Brutalität und die Härte, mit denen das Régime gegen die Frauen vorgeht, zeigen, wie sehr die islamistischen Despoten westlich aufgeklärte Strömungen der Frauen fürchten, die ihre Stimmen erheben und für ihre Rechte kämpfen.“

Die CDU/CSU Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung angemahnt konkrete Schritte zu unternehmen. Der Druck auf Teheran muss erhöht werden. Dass Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bei seiner jüngsten Rede vor der UN-Vollversammlung die Proteste im Iran nicht mit einem einzigen Satz angesprochen habe, ist mehr als beschämend. Dabei müssen wir auch den Blick nach Deutschland richten und extremistisch islamistische Strömungen ausnahmslos bekämpfen. Vertreter des Politischen Islamismus – in Kreisen der Sicherheitsbehörden auch „legalistischer Islamismus“ genannt – agieren auch in Deutschland. Sie geben sich vordergründig gewaltfrei, ihr Weltbild stellt aber einen fundamentalen Gegenentwurf zu Demokratie, Pluralismus und individuellen Freiheitsrechten dar. Der Politische Islamismus ist eine Gefahr für unsere freiheitliche Gesellschaft und unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Er ist zudem eine Last für den Großteil der Musliminnen und Muslime in Deutschland, die ihre Religion ungestört und im Einklang mit unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung ausüben wollen. Gerade das Thema der Finanzierung des Politischen Islamismus bedarf einer noch deutlich stärkerer Aufmerksamkeit und auch weitreichenderer Befugnisse der Sicherheitsbehörden. Zum Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung müssen unsere Sicherheitsbehörden nachvollziehen dürfen und können, welchen Einfluss ausländische Staaten oder sonstige Geldgeber auf hier existierende Gemeinden haben und inwieweit hier Akteure des Politischen Islamismus unterstützt werden.

## **– II. Die Woche im Parlament und Initiativen der CDU/CSU-Fraktion –**

### **Koalition verweigert Aufstockung des Sporthaushalts trotz der Energiekrise**

Zusammen mit meinen Kollegen der CDU/CSU-Fraktion habe ich im Ausschuss für Sport und Ehrenamt, eine Initiative, bestehend aus sechs Änderungsanträgen, einzubringen, welche die Situation des Sports in Deutschland finanziell spürbar zu verbessert hätte. Unter anderem wollten wir so erreichen, dass ein Neustart im Sport nach der Pandemie sowie eine Besserstellung von Trainern finanziert werden

kann. Ein Antrag zielte auf die Bereitstellung von 25 Millionen Euro für die Abfederung der Folgen der Energiekrise im Sport. Die Ablehnung vor allem dieses Antrages ist unbegreiflich, denn alle Vereine und Kommunen schlagen wegen der Folgen der Energiekrise vor allem für Turnhallen und Schwimmbäder Alarm. Diese Verweigerungshaltung ist auch deshalb bemerkenswert, weil die Bundesregierung den Sport bei allen Entlastungspaketen bisher vollständig ignoriert hat. Wie müssen erneut feststellen: Diese Koalition ist sportpolitisch desinteressiert und vollkommen ambitionslos. Die pauschale Ablehnung der Ampel-Koalition zeigt wieder einmal, dass ihnen die Bedeutung des Sports für unsere Gesellschaft nicht bewusst ist. Es herrscht ein akuter Bewegungsmangel, viele Sportstätten sind marode, und die Vereine wissen nicht, wie sie die hohen Energiekosten im Winter bezahlen sollen. Auch bei einer angespannten Haushaltslage darf der Sport nicht vergessen werden. Die Probleme müssen endlich angegangen werden. Stattdessen lässt die Ampel die Vereine, Sportstättenbetreiber und Kommunen mit den aktuellen Problemen wieder einmal alleine.

### **Mit steuerlichen Maßnahmen Wärmewende beschleunigen**

In erster Lesung haben wir unseren Antrag Mit steuerlichen Maßnahmen Wärmewende beschleunigen beraten. Im Gebäudesektor ist eine deutliche Steigerung der energetischen Sanierungen notwendig. Nur so können wir die Klimaziele erreichen. Mit unserem Antrag zeigen wir die zahlreichen Hürden im Steuerrecht auf, die der Erreichung dieses Ziels entgegenstehen. Das – sowie zahlreiche weitere Punkte – wollen wir ändern, indem wir insbesondere folgende Maßnahmen fordern: Vermieter neu zu bauender Gebäude sollen eine Sonderabschreibung geltend machen können. Für Vermieter bestehender Gebäude wollen wir die anschaffungsnahen Herstellungskosten reformieren, Selbstnutzer neu zu bauender Gebäude einen Sonderausgabenabzug ermöglichen, für Selbstnutzer bestehender Gebäude die energetische Sanierung überarbeiten, WEGs unter die Stromeigenversorgung des EEG fassen und für alle Steuerpflichtigen steuerliche Erleichterungen bei PV-Anlagen schaffen.

### **Bejagung des Wolfes im Rahmen eines Bestandsmanagements ermöglichen**

Die Wolfspopulation in Deutschland wächst. Die daraus resultierenden zunehmenden Schäden durch Angriffe auf Weide- und Haustiere rücken weiter in den Vordergrund. Mit unserem Antrag Ausgewogene Balance zwischen dem Schutz von Mensch und Tier sowie dem Artenschutz herstellen – Bejagung des Wolfes im Rahmen eines Bestandsmanagements ermöglichen greifen wir die berechtigten und zunehmenden Sorgen der Weidetierhalter sowie der Bevölkerung in den ländlichen Regionen auf. Im Jahr 2020 wurden rund 4.000 Weidetiere – überwiegend Schafe, aber auch Rinder und Pferde – von Wölfen getötet. Die bisherigen Präventionsmaßnahmen haben nicht die gewünschten Erfolge gebracht. Deswegen brauchen wir jetzt ein aktives Wolfsbestandsmanagement. Konkret wird die Bundesregierung u.a. dazu aufgefordert, den Erhaltungszustand des Wolfes unverzüglich zu definieren und eine rechtssichere Entnahme zu ermöglichen. Nur durch die längst überfällige Bestätigung eines guten Erhaltungszustands der Seite 3 von 5 Wolfspopulation in Deutschland sowie durch ein nachhaltiges Bestandsmanagement können die berechtigten Interessen der Bevölkerung, der Weidetierhalter und des Artenschutzes unter einen Hut gebracht werden.

### **Verlässliche und relevante Verbraucherinformation stärken**

Mit unserem Antrag Bewusste Kaufentscheidungen fördern – Verlässliche und relevante Verbraucherinformation stärken fordern wir bessere Informationen für Verbraucher beim Kauf von Produkten,

Dienstleistungen und beim Nutzen digitaler Dienste. Ohne aussagekräftige und verlässliche Informationen können Verbraucher keine bewussten und selbstbestimmten Kaufentscheidungen treffen. Besonders hervorzuheben ist der Vorschlag für mehr Transparenz bei den Kraftstoffpreisen: Die Mineralölunternehmen sollen verpflichtet werden, ihre Preisbestandteile an die Markttransparenzstelle beim Bundeskartellamt zu melden. So kann diese besser einschätzen, ob staatliche Entlastungen tatsächlich an die Verbraucher weitergegeben werden.

### **Schöffengericht reformieren – Richterliches Ehrenamt stärken**

Ehrenamtliche Richterinnen und Richter leisten einen wichtigen Dienst in der Justiz und für die Gesellschaft. Ihr Einsatz ist in der deutschen Rechtsprechung ein wichtiges Element, um die demokratische Legitimation in der Justiz sichtbar werden zu lassen. Sie sind ein wichtiges Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft. Mit unserem Antrag Schöffengericht reformieren – Richterliches Ehrenamt stärken, den wir in dieser Woche erstmalig beraten, fordern wir die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das Schöffengericht modernisiert und mit besonderem Fokus auf die nachfolgenden Punkte anpasst. Insbesondere wollen eine Verbesserung der Freistellungsregelungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter in den Blick nehmen, den Kündigungsschutz gemäß § 45 Abs. 1a DRiG verbessern und die Altershöchstgrenze von 70 auf 75 Jahre bei Schöffeninnen und Schöffen anpassen.

### **Schulden abbauen, Infrastruktur stärken, Erneuerbare Energien ausbauen, Ernährung sicherstellen**

In dieser Sitzungswoche haben wir eine vereinbarte Debatte zu den sechs Nachhaltigkeitsprinzipien der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie geführt. Mit unserem Antrag Nachhaltige Entwicklung krisenfest machen – Schulden abbauen, Infrastruktur stärken, Erneuerbare Energien ausbauen, Ernährung sicherstellen legen wir als Unionsfraktion unsere Vorstellungen zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie dar. Nachhaltiges Wachstum erfordert, den wirtschaftlichen Fortschritt vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Geschlossene Stoffkreisläufe sorgen für neue wirtschaftliche Potenziale und schützen unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Als eines der wirtschaftlich leistungsfähigsten Länder der Welt steht Deutschland vor großen Herausforderungen. Zum einen stehen Transformationsprozesse von Gesellschaft und Wirtschaft hin zur Klimaneutralität und zur Digitalisierung aller Lebensbereiche sowie der Erhalt und Ausbau der Versorgungssicherheit auf der Tagesordnung. Zum anderen haben Krisen wie die COVID19-Pandemie und der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine unmittelbare Auswirkungen auf das Leben der Menschen in unserem Land. Mit unserem Antrag richten wir deshalb die klare Forderung an die Bundesregierung, auf einen Weg zurückzukehren, der nachhaltige Entwicklung möglich macht.

## **– III. Sonstige Tagesordnungspunkte –**

### **Interne Wahlen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

In dieser Woche wurden im Rahmen der Fraktionssitzung von CDU und CSU im Deutschen Bundestag interne Wahlen abgehalten. Ich freue mich sehr, dass ich neben weiteren Posten auch wieder in meinem Amt des Sprechers für Sport und Ehrenamt für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bestätigt worden bin. Auch alle anderen gewählten Vertretern sowie dem gesamten Vorstand gratuliere ich herzlich. Ich freue mich weiter auf die gute Zusammenarbeit und freue mich über das bestätigende Ergebnis.

## Höhere Müllgebühren verhindern - Gasumlage unverzüglich aufzuheben

Wir haben mehrere Entwürfe der Bundesregierung mit energiepolitischem Schwerpunkt beraten: Das Zweite Gesetz zur Änderung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes soll die thermische Abfallverwertung (Abfallverbrennung) ab Januar 2023 mit einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung versehen. Dies wäre ein nationaler Sonderweg, denn bisher gibt es für Abfallverbrennung auf europäischer Ebene keine solche CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung belastet die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen mit mehreren Hundert Millionen Euro im Jahr zusätzlich. Sie führt zu höheren Müllgebühren. Haushalte mit geringem Einkommen werden dabei überproportional stark belastet. Wir sehen den Entwurf deshalb kritisch. Mit der Verordnung nach § 26 des Energiesicherungsgesetzes über einen finanziellen Ausgleich durch eine saldierte Preisanpassung will die Bundesregierung verschiedene Maßnahmen für eine Vereinfachung des Wechsels von Gas auf andere Energieträger sowie für eine Ausweitung der Stromproduktion aus Photovoltaik und Biogas umsetzen. Mit dem Vierzehnten Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG), das wir in erster Lesung beraten haben, werden Sonderregelungen zur Beteiligung der Öffentlichkeit im Rahmen von Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG sowie weitere Verfahrenserleichterungen vorgesehen, wenn das Verfahren in einem Zusammenhang mit der Gasmangellage durchzuführen ist. Hierdurch soll der Brennstoffwechsel in Anlagen ermöglicht und erleichtert werden. Darüber hinaus haben wir mit der Verordnung zur Änderung der Seite 5 von 5 Gaspreisanpassungsverordnungen über Anpassungen bei der Gasumlage abgestimmt. Nachdem die Bundesregierung die Umlage in den letzten Wochen gegen unsere begründete Kritik noch massiv verteidigt hat, ist sie nun auf einen kritischen Kurs eingeschwenkt und hat sich unseren Argumenten weitgehend angeschlossen. Wir fordern weiterhin, die Gasumlage unverzüglich aufzuheben.

## Gesetz für einen besseren Schutz Hinweisgebender Personen

In erster Lesung beraten wir den Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz für einen besseren Schutz Hinweisgebender Personen. Der persönliche Anwendungsbereich dieses Gesetzes soll alle Personen umfassen, die in ihrem beruflichen Umfeld Informationen über Verstöße erlangt haben. Der sachliche Anwendungsbereich bezieht sich insbesondere auf bestimmte Verstöße gegen europarechtliche Vorschriften, aber auch eine Vielzahl von Verstößen aus anderen Rechtsbereichen. Für Hinweisgebende Personen sollen mit internen und externen Meldekanälen zwei gleichwertig nebeneinanderstehende Meldewege vorgesehen werden. Die Pflichten gelten für Unternehmen ab 50 Beschäftigten. Wir lehnen den Gesetzentwurf ab. Er geht über die Vorgaben der Richtlinie hinaus. So wird der sachliche Anwendungsbereich auch auf zahlreiche Verstöße in spezialgesetzlichen Rechtsgebieten erstreckt. Hiermit gehen erhebliche zusätzliche Belastungen für die deutsche Wirtschaft einher, die zu Wettbewerbsnachteilen deutscher Unternehmen führen können. Der Gesetzentwurf sollte sich daher auf eine 1:1-Umsetzung beschränken und nur Verstöße gegen die in der Richtlinie genannten EU-Rechtsakte erfassen.

Sollten Sie mehr über meine Arbeit in Berlin und in meiner Heimat Altötting/Mühldorf am Inn wissen wollen, schauen Sie doch einfach auf meiner persönlichen Webseite vorbei: [www.mayer-stephan.de](http://www.mayer-stephan.de). Dort finden Sie Aktuelles, Persönliches und sind immer bestens informiert! Für Rückfragen stehe ich Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung und wünsche Ihnen weiterhin viel Freude beim Lesen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Stephan Mayer

---

**Stephan Mayer**  
**Mitglied des Deutschen Bundestages**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: 030-227-74932

Fax: 030-227-76781

E-Mail: [stephan.mayer@bundestag.de](mailto:stephan.mayer@bundestag.de)

Web: [www.mayer-stephan.de](http://www.mayer-stephan.de)